

II-6066 der Beiflagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. Mai 1992 No. 11020.0040/5-92

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Praxmarer, Scheibner, Mag. Schweitzer
an den Ausschußobmann des Ausschusses für Unterricht und Kunst
betreffend Vertagung des Ausschusses vom 7.5.1992 ohne Anführung von Gründen

Bereits mit Verspätung traf am Donnerstag, 7.5.1992, angeführt von Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Rudolf Scholten und Ausschußobmann Abg. Mag. Dr. Josef Höchl die rot-schwarze "Delegation" im Lokal IV ein. Ganz davon abgesehen, daß diese Verspätung denjenigen Abgeordneten gegenüber, die sich einteilen konnten, pünktlich zu erscheinen, nicht rechtfertigbar ist, stellt der weitere Verlauf des Ausschusses eine beispiellose Nichtachtung dar. Nach der Umstellung der Tagesordnung und nach Wahl von Abg. Dr. Hilde Hawlicek zur stellvertretenden Ausschußobfrau wurden zum Bericht des Bundesministers für Unterricht und Kunst, mit dem der Bericht der Kommission für die Angelegenheiten des Minderheitenschulwesens in Kärnten aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 8. Juni 1988 ein Unterausschuß eingesetzt, wo keine Terminvorschläge angeboten werden konnten. Auch für den neu auf die Tagesordnung gesetzten Bericht des Bundesministers für Unterricht und Kunst über den schulischen Teil der Berufsausbildung (Lehrlingsausbildung) in Österreich aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 3. Oktober 1991 wurde ein Unterausschuß eingesetzt und somit vertagt. Diese Beschlüsse auf Vertagung wurden einstimmig gefaßt.

Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird und mit dem Bundesgesetz, mit dem das Schulpflichtgesetz 1985 geändert wird, wäre in die Tagesordnung einzusteigen gewesen. Mehrheitlich und ohne Anführung von Gründen wurden jedoch diese beiden Tagesordnungspunkte auf einen unbestimmten Zeitpunkt ebenfalls vertagt. Die Wortmeldung von Abg. Praxmarer, warum eigentlich vertagt werden solle, wurde unter Hinweis auf die Geschäftsordnung abgeschmettert. Daß die Koalitionäre diese Vorgangsweise abgesprochen hatten liegt auf der Hand, daß die

Grün-Abgeordnete Heindl sich jedoch mit einer derartigen Vorgangsweise einverstanden erklärte, sollte zu denken geben.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Ausschußobmann des Ausschusses Unterricht und Kunst nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Aus welchen Gründen wurden die beiden Regierungsvorlagen zum Schulunterrichtsgesetz und zum Schulpflichtgesetz vertagt?
- 2) Wurde diese Vorgangsweise abgesprochen?
- 3) a) Wenn ja: Warum wurde die Freiheitliche Partei zu diesen Absprachen nicht eingeladen?
- 4) Glauben Sie, daß diese Vorgangsweise einer gedeihlichen Gesprächskultur dienlich ist?
- 5) Welche Kosten entstanden den Abgeordneten, die, um diesen Termin wahrzunehmen, aus den Bundesländern angereist sind?
- 6) Gedenken Sie auch für künftige Ausschußsitzungen eine derartige "Geheimdiplomatie" als Vorgangsweise zu wählen?
- 7) Glauben Sie, daß es demokratisch ist, eine Parlamentsfraktion in Vorabsprachen nicht einzubeziehen?